

LESERBRIEFE

Das Schuljahr gilt

Die EDK teilt mit, dass das Schuljahr 2020/21 voll angerechnet wird. Dieser Entscheid ist ein richtiger Entscheid. Die Schülerinnen und Schüler haben mit dem Unterricht übers Internet einen wichtigen Schritt in die digitale Zukunft angetreten. Die Lehrerinnen und Lehrer haben bei dieser Form der Schule mit den Kindern und Jugendlichen sehr viel und gut gearbeitet,

sodass hier nicht von einem grossen Defizit gesprochen werden darf. Zudem ist die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus wertvoll gewachsen. Und das ist für die Kinder und die Familie auch ein echter Erfolg. Die EDK hat sehr gut entschieden. Bravo!

Franz Wüest,
Zell

Dankeschön an alt Bundesrat Kaspar Villiger

Die Corona-Krise hat uns alle erreicht, die ältere Generation vor allem in grosse Angst versetzt. Sie müssen sich ja total isolieren, keinen Kontakt zu ihren Enkelkindern, andere müssen für sie einkaufen, keinen Kontakt zu den Liebsten in Altersheimen etc., sie müssen sich, so kommt es mir vor, fernhalten von der Gesellschaft. Und doch sind es Massnahmen, die sein müssen. Alle leisten ihren Beitrag durch Verzicht, wirtschaftlichen Verlust oder übermässigen Arbeitseinsatz, wie es die Leute in den Pflegeberufen zurzeit leisten.

Es ist dem Bundesrat möglich, nebst vielen Verboten, die er für die Bevölkerung ausspricht, ein enormes Hilfspaket zu schnüren für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Unbürokratisch und schnell, in einem Tempo, wie man es nicht kennt von unseren politischen Institutionen. Bundesrat Ueli Maurer hat es gesagt, wieso diese Möglichkeiten bestehen, unter anderem dank unserer Schuldenbremse. Damit wir diese Finanzreserven schaffen konnten, brauchte es neben einer gut funktionierten Wirtschaft der vergangenen, erfolgreichen Jahre eben diese Schuldenbremse zum Spazwanz. Die musste sein, weil es in der Politik genügend Geldverschwender gibt, die auf Kosten kommender Generationen sich alles erlauben würden.

Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Wer hat die Schuldenbremse erfunden und durch die Volksabstimmung gebracht: Das war der damalige Bundesrat Kaspar Villiger. Ihm gehört ein grosses Dankeschön für seine damalige Weitsicht, sein einmaliges verantwortungsbewusstes Handeln. Herr Villiger steht ja heute noch für seine Arbeit als Bundesrat in der Kritik, aber sollten es Fehler gewesen sein,

für die er immer noch medial getadelt wird, eines weiss ich, er hat sicher immer nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und Fehler macht man nur, wenn man sich engagiert und etwas bewegt. Schönredner und Nichtstuer gibt genügend in der Politik. Auch unsere deutschen Nachbarn haben es gemerkt, was Herr Villiger für ein spezieller Bundesrat gewesen ist, indem ihn die Friedrich-Naumann-Stiftung 2016 auszeichnete für sein Wirken als Bundesrat. Unter anderem wurde er geehrt als «Vater der Schuldenbremse», damit habe er «die Basis für die Gesundung der schweizerischen Bundesfinanzen» geschaffen. Ich als Kleinunternehmer bin ihm auf jeden Fall sehr dankbar, dass viele meiner jetzt stark in Angst lebenden Berufskollegen mit Hilfskrediten unterstützt werden können.

Noch ein Satz zur schreibenden Zunft: Es wäre schön, in Zukunft solche tollen Errungenschaften auch mal zu erwähnen, anstatt nur immer das einsame Haar in der Suppe zu suchen. Das Wohlgefühl für ihre Schreibkunst würde enorm gestärkt. Ich habe das jetzt für euch nachgeholt und wünsche allen Schreibenden, Wirtschaft und der ganzen Bevölkerung, dass sie die Corona-Herausforderung gesundheitlich, sozial und wirtschaftlich gut überstehen.

Walter Notz, Ettiswil

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. **wb**

BRIEF

aus dem Ständerat



Andrea Gmür-Schönenberger
CVP, Luzern

Das Coronavirus hat uns mit seiner ganzen überraschenden und unvorhergesehenen Wucht erfasst. Das Gesundheitswesen erlebt in jeder Hinsicht Extremsituationen, Wirtschaft und

Wie steht es mit der Eigenverantwortung?

Sozialleben sind fast komplett lahmgelegt. Ein Ende dieses Schreckens ist noch nicht absehbar. Dessen Folgen werden uns Jahre in Atem halten.

Der Bundesrat hat in dieser ausserordentlichen Situation rasch, entschieden und unbürokratisch gehandelt. Es wurden Milliardenkredite gesprochen, die über die Banken ebenso schnell und unkompliziert abgewickelt wurden

und werden, sodass die unzähligen KMU in unserem Land über die Runden kommen und bei exorbitanten Umsatzeinbrüchen wenigstens ihre Fixkosten begleichen können. Wo immer möglich wurden Tausende von Menschen ins Homeoffice geschickt, und siehe da – es funktioniert (erstaunlich gut). Schulen wurden geschlossen und eine flexible Lehrer- und Professorenschaft hat innert kürzester Zeit auf Online-Unterricht umgestellt, um vom Dreikäusehoch bis zur Studentin, einfach allen die Weiterführung der Ausbildung zu gewährleisten. Auch die Armee wurde zum Schutz der Bevölkerung aufgeboden. Die Massnahmen werden permanent evaluiert, die Krankenzahlen analysiert und wo immer möglich wird das System justiert und verbessert.

Es herrscht ein Ausnahmezustand. Allen soll möglichst gerecht und optimal geholfen werden. Doch Vorsicht: Wenn jetzt von allen Seiten plötzlich noch mehr Rufe laut werden, was der Staat wann, wo und wie zusätzlich leisten, tun oder finanzieren soll, sollten wir vielleicht auch unser eigenes Verhalten reflektieren. Es gibt heute je länger desto weniger Menschen, die den Zweiten

Weltkrieg noch erlebt haben. Richtige globale Krisen haben wir in den letzten Jahrzehnten glücklicherweise kaum gekannt. An den Wohlstand haben wir uns gern und leicht gewöhnt und das Leben – warum auch nicht – genossen. Bei den Banken wurden infolge der Finanzkrise 2007 die Eigenkapitalvorschriften massiv verschärft. Die KMU soll nicht dasselbe Schicksal ereilen. Persönlich wehre ich mich gegen immer wieder neue Regulierungen. Was es aber vielleicht auch im Hinblick auf gewisse KMU benötigt, ist teils noch mehr Eigenverantwortung.

Der Bund gewährt Überbrückungskredite. Das ist richtig so. Falsch wäre aber, wenn man diese im Glauben beantragen würde, es handle sich um A-fonds-perdu-Beiträge. Diese Kredite sind zurückzuzahlen. Es sind dies Mittel aus der Bundeskasse, die von jedem einzelnen Steuerzahler, jeder Steuerzahlerin berappt wurden, die sonst bei der AHV, bei der IV, bei der Finanzierung künftiger Investitionen überall fehlen werden.

Auch Eltern sind gefordert. Sie befinden sich im Homeoffice und betreuen gleichzeitig ihre Kinder. Anspruchs-

voll, aber möglich; mit der Gelegenheit, das Familienleben neu zu erfahren. Da erstaunt es schon, wenn Kinderschutzorganisationen jetzt fordern, dass der Schulunterricht möglichst rasch wieder aufgenommen werden soll. Nicht nur wegen der Chancengerechtigkeit, welche ich als Grund dafür verstehen würde. Nein, es wird befürchtet, dass Kinder vermehrt unter häuslicher Gewalt leiden. Wo sind wir mit unserer Gesellschaft hingekommen, dass die Gefahr bestehen soll, dass Kinder am meisten gefährdet sind, wenn sie unter der Obhut der Eltern stehen?

Und wie sieht es mit all den Arztpraxen aus, deren Umsätze bis zu 80% eingefallen sind? Bestimmt gibt es Patienten, die auch aus Furcht vor einer Ansteckung ihren Termin nicht wahrnehmen. Bei einem derartig massiven Patientenrückgang kriegt man aber schon auch den Eindruck, dass doch einige Arztbesuche unnötig sind, dass wir – wenn sich jeder und jede den Gang zum Doktor auch wirklich überlegen würde – massiv Kosten im Gesundheitswesen sparen könnten. Bräuchte es nicht überhaupt in zahlreichen Bereichen wieder mehr Eigenverantwortung?

Momentan braucht es keine weiteren Forderungen an den Staat. Selbstverständlich muss die Wirtschaft zwingend so schnell wie möglich wieder hochgefahren werden, die Kinder sollen die Schulbank drücken, die Soldaten nach Hause und an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können, das Sozialleben wieder stattfinden. Dafür müssen wir aber die Corona-Fallzahlen zuerst in den Griff kriegen. So weit sind wir leider noch nicht. Es braucht deshalb ein striktes Einhalten der vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen, Geduld, Frustrationspotenzial und die Einsicht, dass es uns gerade auch im Vergleich zu anderen Ländern verhältnismässig nicht so schlecht geht. Wir sind ein Volk von Individualistinnen und Individualisten, welche die grösstmögliche Freiheit fordern. Konsequenterweise müssen wir die gleiche Unabhängigkeit an den Tag legen, in Zeiten, während denen nicht alles rund läuft. Verhalten wir uns auch künftig solidarisch, schränken wir unsere Anspruchshaltung gegenüber dem Staat auch mal wieder ein und überlegen wir uns nicht nur, was unser Land für uns tun kann, sondern auch, was wir zum Gemeinwohl beitragen können. Eine gute Karwoche und Ihnen allen dann frohe Ostern!



ANNO DAZUMAL

Unser Bild zeigt die Jahrgänger/-innen von 1936 bei deren Konfirmation am Plamsontag von 1951 in der Kirche Hüswil mit Pfarrer Walter Hess. Das Bild wurde zur Verfügung gestellt von Walter Heiniger, Ufhusen.

Grünliberale mit Co-Präsidium

PARTEIEN Bei der Grünliberalen Partei im Kanton Luzern soll ein Co-Präsidium die Führung übernehmen. Der Vorstand hat Riccarda Schaller und Michel Rudin nominiert. Sie sollen am 1. Mai die Nachfolge von Roland Fischer antreten, der nach vier Jahren im Amt zurücktritt.

Die GLP-Mitgliederversammlung, die am 20. April online abgehalten wird, entscheidet über die Wahl der neuen Parteispitze, wie die GLP am Freitag mitteilte. Der abtretende Präsident Roland Fischer bleibt weiterhin Teil der Geschäftsleitung.

Die 43-jährige Riccarda Schaller ist Politologin und seit rund 20 Jahren in der Politikberatung und Public Affairs im Gesundheitswesen tätig. Der



Das designierte Co-Präsidium freut sich auf die neue Herausforderung, auch wenn die Amtsübergabe in der aktuellen Situation nicht gerade einfach ist. **Fotos zvg**

34-jährige Michel Rudin ist Kommunikationschef einer Anwaltskanzlei und Co-Präsident von Pink Cross. Mit der

Wahl eines Co-Präsidiums wird auch Vizepräsident Olivier Bucheli sein Amt abgeben. **sda**